

Bericht

**des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 14/7097 –**

Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften (Sechstes Besoldungsänderungsgesetz – 6. BesÄndG)

**Bericht der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Gunter Weißgerber, Carl-Detlev von
Hammerstein, Oswald Metzger und Dr. Christa Luft**

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, das von der Bundesregierung beschlossene Programm zur Erhöhung der Attraktivität der Streitkräfte durch besoldungsrechtliche Verbesserungen für Soldaten umzusetzen.

Der Gesetzentwurf greift ferner notwendige Änderungen auf, die sich aus der Fortentwicklung des Rechtes, organisatorischen Umstrukturierungen und aus neuerer Rechtsprechung ergeben haben und sieht im Wesentlichen folgende Maßnahmen vor:

1. Beitrag zur Umsetzung des Programms „Moderner Staat – Moderne Verwaltung“: Abbau der Regelungsdichte, Vermeidung unnötiger Abstimmungsverfahren, Verwaltungsvereinfachungen, Förderung der Eigenständigkeit der Dienststellen;
2. Umsetzung des Beschlusses des Bundeskabinetts zur Erhöhung der Attraktivität des Dienstes in den Streitkräften, insbesondere durch
 - Anhebung der Eingangsbesoldung auf A 3, Wegfall der Besoldungsgruppen A 1 und A 2 für die untersten Dienstgrade der Soldaten;
 - Anhebung der Planstellenanteile für Unteroffiziere in Besoldungsgruppe A 9;

- Anhebung der Planstellenanteile für Kompaniechefs/ Einheitsführer in Besoldungsgruppe A 12;
 - Anhebung der Planstellenanteile für Spitzendienstgrade in der Laufbahn der Offiziere des militärfachlichen Dienstes in Besoldungsgruppe A 13;
3. Berücksichtigung von Dienstzeiten bei der EU oder eines EU-Mitgliedstaates beim Besoldungsdienstalter;
 4. Anpassungen in der Besoldungsordnung B sowie für Leitungsfunktionen der Landesarbeitsgerichte auf Grund organisatorischer Umstrukturierungen und von Aufgabenzuwächsen;
 5. Redaktionelle Änderungen und Klarstellungen.

Der federführende Innenausschuss hat für den Gesetzentwurf eine Reihe von Ergänzungen vorgesehen, die jedoch mit Ausnahme der Regelung zur Weiterzahlung der Erhöhungsbeträge zum Familienzuschlag für Beamte mit dritten und weiteren Kindern keine weiteren Kosten verursachen. Diese – verfassungsrechtlich gebotene Regelung – ist aus dem, ebenfalls dem Deutschen Bundestag vorliegenden, Gesetzentwurf zur Modernisierung der Besoldungsstruktur (Drucksache 14/6390) herausgelöst worden, damit ein Inkraft-Treten der Regelung zum 1. Januar 2002 sichergestellt werden kann.

Durch den Gesetzentwurf ergeben sich für die Haushalte der Gebietskörperschaften im Rechnungsjahr und in den Folgejahren die dargestellten Mehrkosten:

1. Kosten des Regierungsentwurfs

im Jahr	Bund	Länder	Gemeinden und Sonstige	zusammen
Kosten in Mio. DM (in Mio. Euro)				
2001	Keine**			
2002 und Folgejahre	184,5* (ca. 94,3)*	5 (ca. 2,6)	0,2 (ca. 0,1)	189,7 (97)

*

** keine Kosten in 2001 aufgrund des geschobenen Inkrafttretens der besoldungsrechtlichen Verbesserungen für Soldaten auf den 1.1. 2002

2. Kostenänderungen gegenüber dem Regierungsentwurf

im Jahr 2002	Bund	Länder	Gemeinden und Sonstige	zusammen
Kosten in Mio. DM (in Mio. Euro) gerundet				
Kosten der Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Familienzuschlag zugunsten kinderreicher Beamtenfamilien	44 (22)	234 (120)	46 (24)	324 (166)

3. Gesamtkosten des Gesetzentwurfs

im Jahr 2002	Bund	Länder	Gemeinden und Sonstige	zusammen
Kosten in Mio. DM (in Mio. Euro) gerundet				
	228,5 (116,3)	239 (122,6)	46,2 (24,1)	513,7 (263)

Zur Durchführung des Gesetzes wird zusätzliches Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden nicht benötigt.

Der Haushaltsausschuss hält den Gesetzentwurf einvernehmlich für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Innenausschuss vorgelegten Beschlussempfehlung.

Berlin, den 7. November 2001

Der Haushaltsausschuss

Adolf Roth (Gießen)
Vorsitzender

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatte

Carl-Detlev von Hammerstein
Berichterstatte

Gunter Weißgerber
Berichterstatte

Oswald Metzger
Berichterstatte

Dr. Christa Luft
Berichterstatte